

Horst Schmitthenner: Der Widerstand gegen die Diktatur der Obristen (1967-1974) in Deutschland. Beispiel für einen solidarischen Kampf der griechischen und deutschen Demokraten Die Rolle der Gewerkschaften

Voraussetzungen und Bedingungen für den solidarischen Kampf

Voraussetzung für das sich engagieren, für die Bereitschaft gegen die Diktatur der Obristen in Griechenland etwas zu tun, ist die Betroffenheit der IG-Metall in der Bundesrepublik. Sie besteht darin, sich zu engagieren, wenn, wo auch immer, Demokratie abgebaut wird oder nicht herrscht. Und gerade dann, wenn, wie nach dem Putsch in Griechenland, Gewerkschaftsrechte abgebaut bzw. unterdrückt werden. Ein weiterer Grund ist die Solidarität unter Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die über die nationalen Grenzen hinausreicht und als internationale Solidarität verstanden wird.

Wenn, wie in unserem Fall, die eigene Bedrohung der Gewerkschaftsrechte hinzukommt, verstärkt das die Bereitschaft, gemeinsam Widerstand zu leisten. Das war der Fall, weil 1967 in der Bundesrepublik die Notstandsgesetze im Parlament eingebracht wurden und bereits im Oktober 1967, 21.000 Menschen in Frankfurt a. Main, aufgerufen von den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, gegen die Notstandsgesetze demonstriert hatten. Sie wurden dennoch vom Bundestag am 30.Mai 1968 verabschiedet.

Alois Wöhrle, der 2.Vorsitzende der IG-Metall, bezieht im Funktionärsorgan der IG-Metall vom Juli 1967 Stellung, in dem er die Solidarität mit den griechischen Arbeitern bekundet und die eigene Betroffenheit durch die Notstandsgesetze betont.

Die Notwendigkeit der Solidarität der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlichen Gruppen wurde gestützt durch die Tatenlosigkeit der deutschen Regierung, trotz großer Koalition seit 1966 und einem Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt. Diese Position änderte sich gewaltig ab September 1968 als Willy Brandt Kanzler einer sozialliberalen Koalition wurde.

Peter Baumöller schreibt in Günter Wallraff, Eckart Spoo „Unser Faschismus nebenan, Griechenland gestern – ein Lehrstück für morgen“ [herausgegeben 1975, Seite 184 ff.]:

„Als 1967 die griechischen Obristen putschten, alle demokratischen Rechte abschafften und eine Willkürherrschaft mit Konzentrationslagern und Folterkellern errichteten, erregten diese Nachrichten in der internationalen Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch in der BRD, tiefe Bestürzung und Empörung. Die Bereitschaft zu solidarischer Hilfe für die Verfolgten war groß. Eine Regierung in Bonn, die den faschistischen Umsturz beim NATO-Partner Griechenland mit aller Entschlossenheit verurteilt hätte und für die verfolgten Demokraten eingetreten wäre, hätte ein starkes Echo in der Bevölkerung gefunden. Aber die damals regierende große Koalition unter dem Kanzler Kurt-Georg Kiesinger, dachte nicht im entferntesten daran, zur Solidarität mit den griechischen Demokraten zu ermuntern. Tonangebende Politiker und Publizisten bemühten vielmehr den latenten Antikommunismus, um den faschistischen Angriff auf Menschenrechte, Menschenwürde und die Freiheit eines ganzen Volkes zu rechtfertigen. Solche Reaktionen an den Schaltstellen der öffentlichen Meinung wirkten sich zwangsläufig lähmend auf die spontane Empörung gegen die Vorgänge in Griechenland aus. Hinzu kam, dass die Massenmedien alsbald ein Bild friedlicher faschistischer „Normalisierung“ der Verhältnisse in Griechenland zu vermitteln wussten. Über die Brutalitäten des Systems erfuhren die Leser der meisten Zeitungen nichts. Eine Mauer des Schweigens wurde errichtet, die nur schwer zu durchbrechen war. Dennoch regte sich vom ersten bis zum letzten Tag der Faschistenherrschaft vielfältige Hilfe, für die griechischen Demokraten. Gewerkschafter, Sozialisten, Kommunisten, Christen, Humanisten, Parteilose, Schüler und Studenten, ja auch liberale Unternehmer bekundeten auf die verschiedenste Weise Solidarität. Die moralische, politische und materielle Unterstützung, die von Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Parteien geleistet wurden, kann vor dem Hintergrund der offiziellen Bonner Politik nicht hoch genug bewertet werden, und sie hat in Griechenland dankbare Anerkennung gefunden. Die Griechen entwickelten die Tugend, aus jeder noch so geringen solidarischen Regung Kraft für ihren demokratischen Kampf zu schöpfen.“

Aktivitäten der IG-Metall, des DGB im Einzelnen

Gleich am 2.Mai 1967 wartet die „Zeitung der IG-Metall für die Bundesrepublik Deutschland“ auf der Titelseite mit einem Artikel über den Militärputsch in

Griechenland auf. Er wird scharf verurteilt, das Verbot der Gewerkschaften wird gegeißelt und die Solidarität mit dem Kampf des griechischen Volkes als ein Gebot der Selbstverteidigung versprochen. Dabei handelt es sich nicht um eine Eintagsfliege, sondern um den Auftakt zu einer kontinuierlichen Berichterstattung, deren Ziel Aufklärung und Solidarität ist.

Um sich ein genaueres Bild zu machen, wird bereits im Sommer 1967 Karl-Heinz Briam (Redakteur der Metallzeitung) vom IG-Metall Vorstand nach Griechenland entsandt. Er berichtet in der Juli-Ausgabe 1967 des Funktionärsorgans der IG-Metall „Der Gewerkschafter“ darüber. Der DGB organisiert Konferenzen griechischer Gewerkschafter, Kundgebungen mit Andreas Papandreou im April 1968, wendet sich an die internationalen Gewerkschaftsbünde, beteiligt sich an Komitees für ein demokratisches Griechenland, informiert und aktiviert die DGB-Kreise und Arbeitskreise „Ausländische Arbeitnehmer“.

Otto Brenner beantragt erfolgreich im März 1968, 100.000 DM aus dem DGB-Solidaritätsfond, die ausschließlich zweckgebunden für Griechenlandveranstaltungen der Gewerkschaften vor Ort beantragt werden sollen. Die Bedrohlichkeit der Lage der Widerständler, der Ablehner des Militärregimes in Griechenland veranlasst den DGB von der bundesrepublikanischen Regierung Asylrecht für griechische Staatsbürger zu verlangen.

Als die Aktivitäten in der Bundesrepublik drohen schwächer zu werden, sorgt Günter Wallraff mit einer spektakulären Aktion in Athen für weltweite Aufmerksamkeit und internationale Berichterstattung: er kettet sich an eine Laterne und wird von der Polizei misshandelt. Gleichzeitig wurde, über ein gemeinsames Programm und organisatorische Zusammenschlüsse von Gegnern, der Ausschuss „Griechenland Solidarität BRD“ gegründet und damit frischer Wind in die Solidarität mit Griechenland geblasen.

Am 17. Februar 1971 – die Diktatur in Griechenland war fast vier Jahre alt - trafen sich in Düsseldorf drei Männer, die entschlossen waren, die Griechenland-Solidarität auf die Grundlage eines, für alle anti-diktatorischen Kräfte akzeptablen Programms und organisatorischen Zusammenschlusses zu stellen. Josef Weber, Konrad Neumann und Günter Wallraff gründeten in der Stresemannstraße 22 den

„Initiativ-Ausschuss Griechenland-Solidarität Bundesrepublik Deutschland (Ausschuss Griechenland-Solidarität BRD)“.

Im Protokoll über diese Zusammenkunft heißt es: „Die Aufgabe des Ausschusses ist, den politisch verfolgten Demokraten in Griechenland politische, moralische und materielle Hilfe zu leisten. Auch wird der Ausschuss sich um Rechte und Pflichten der griechischen Arbeitnehmer in der BRD bemühen. Die Mitglieder des Ausschusses sind gleichberechtigt und üben die Leitung der Geschäfte gemeinsam aus. Die Erweiterung des Ausschusses ist zu betreiben.“ Die Professoren Abendroth, Benseler und Ridder sicherten unmittelbar nach der Gründung ihre Unterstützung zu. Dies waren auch fortan die Namen, die jedes öffentliche Auftreten des Ausschusses begleiteten. Bei der geübten Totschweigepraxis in den Medien mochte es zunächst als ein aussichtsloses Unterfangen erscheinen, sich Gehör zu verschaffen. Doch im Schneeballsystem gelang es dem kleinen Kreis der Imitatoren, im Laufe der folgenden Jahre, nicht weniger als 14.000 Menschen zu gewinnen, die ihre Unterschrift unter ein klar formuliertes Programm der Solidarität mit den griechischen Demokraten setzten.

Das Programm des Initiativ-Ausschusses enthielt folgende Forderungen: „Sofortige Freilassung aller politischer Gefangenen ohne jeden Unterschied. Auflösung der Konzentrations- und Deportationslager. Politische Amnestie für alle verfolgten Griechen im In- und Ausland. Abschaffung aller antidemokratischen Notstandsgesetze. Wiederherstellung demokratischer Legalität in Griechenland. Volle Freiheit für alle politischen Parteien, Gewerkschaften, kulturelle und andere Organisationen. Pressefreiheit. Schaffung eines demokratischen Ausländergesetzes in der BRD, das den hier lebenden Ausländern ihre politischen Rechte garantiert und sie vor der politischen Verfolgung durch ausländische Botschaften, Konsulate, sowie Geheimdienste und anderer Organisationen schützt. Keinerlei Unterstützung des griechischen Regimes durch die BRD, insbesondere keine Waffenlieferungen.“

Dieses Programm konnte von allen akzeptiert werden, die den griechischen Demokraten beistehen wollten. Die Leitlinie des Initiativ-Ausschusses war es von Beginn an, jeder Spaltung der anti-diktatorischen, antifaschistischen Bewegung entgegenzuwirken, niemanden unter engstirnigen parteipolitischen Gesichtspunkten von notwendiger Hilfe auszuschließen, sondern Solidarität ungeteilt allen zukommen zu lassen. Daher konnte der Initiativ-Ausschuss weitaus wirksamer als alle anderen Gruppierungen sein und zu einem Kristallisationskern zahlreicher Aktivitäten werden. Weil Solidarität Information voraussetzt, brachte der Ausschuss einen Informationsdienst heraus, worin über aktuelle Vorgänge in

Griechenland, über exemplarische Fälle der Verfolgung griechischer Demokraten und über Fortschritte der Solidaritätsbewegung berichtet wurde. Ein typisches Beispiel aus der Nummer 8/74 des Informationsdienstes: „Der Ausschuss Griechenland-Solidarität hatte sich mit der Bitte an den Bundeskanzler gewandt, sich für die unverzügliche Freilassung des Gewerkschafters Antonis Asmanis aus dem KZ Jaros einzusetzen. Asmanis war nach sechsjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik im Oktober 1973 nach Griechenland zurückgekehrt. Ohne Angabe von Gründen und ohne Haftbefehl war er sofort von der Geheimpolizei verhaftet worden. Nach zwei Monate langen Verhören und Folterungen und unter schwersten Entbehrungen wurde er in das KZ-Lager Jaros verschleppt. Sein Gesundheitszustand ist so schlecht, dass sein Leben in Gefahr ist.“

Auf die Intervention des Ausschusses Griechenland-Solidarität hat das Auswärtige Amt unter dem Aktenzeichen 203-SE-W wie folgt geantwortet: „Ihr an den Herrn Bundeskanzler gerichtetes Schreiben vom 14.2. wurde dem Auswärtigen Amt zur weiteren Bearbeitung zugeleitet. Der Fall des griechischen Gewerkschafters Antonis Asmanis war hier nicht bekannt. Die Deutsche Botschaft in Athen ist gebeten worden, Nachforschungen anzustellen“

Das sind nur einige Beispiele aus dem schriftlichen Material, das sich beim Ausschuss Griechenland-Solidarität und bei Günter Wallraffs Frau Brigitte anhäuften: Entschließungen aus Betrieben, von der Bundesjugendkonferenz der IG-Metall, vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, vom Dekanatsausschuss Heidelberg des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, von der DKP-Stadtteilgruppe Köln-Ehrenfeld („Unser Ehrenfelder Nachbar Günter Wallraff...“)

Die Verfolgung der Juntagegner

Die Solidaritätsaktionen der Gewerkschaften und vor allem die IG-Metall erfahren, dass griechische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mit Morddrohungen, Überfällen und Repressalien von griechischen faschistischen Organisationen in der Bundesrepublik daran gehindert werden sollen, sich gegen das Militärregime in Griechenland zu engagieren. Es wird vermutet dass dies über die griechische Botschaft und die Konsulate im Auftrag der Militärdiktatur organisiert wird. Der DGB reagiert mit Veröffentlichung.

Das tut auch die IG-Metall, die zugleich rechtsanwaltlichen Schutz organisiert. Dies geschieht nicht nur von Vorstandsebene, sondern auch vor Ort, wie das Beispiel der IG-Metall Geschäftsstelle Hannover zeigt. Der Vorstand verabschiedet im April 1970 eine Erklärung zur griechischen Frage, in der er auch auf die Verfolgung von Gegnern der Junta in der BRD eingeht. Ebenfalls 1970 veröffentlicht der IG-Metall Vorstand eine Liste von 1165 Namen griechischer Häftlinge als Teil seiner Aktivitäten zur Freilassung der politischen Gefangenen in Griechenland.

War´s das?

1974 scheitert die Militärjunta, wozu nicht nur ihre Politik, sondern ganz wesentlich der Widerstand im eigenen Land und der griechischen Widerstandskämpfer außerhalb Griechenlands beigetragen haben. Der Jubel ist groß. War´s das dann mit der Solidarität auch in und aus der BRD? Keinesfalls. Sie ging weiter, galt aber jetzt dem Wiederaufbau der Demokratie und insbesondere von freien und demokratischen Gewerkschaften in Griechenland.

Für wahr, ein Lehrstück für morgen, ein Beispiel für einen (erfolgreichen) solidarischen Kampf der griechischen und deutschen Demokraten.

Der Autor:

[Horst Schmitthenner](#)

war von 1972 bis 1985 Lehrer im IG-Metall Bildungszentrum Sprockhövel. Von 1985 bis 1989 war er 1.Bevollmächtigter in der Geschäftsstelle Neuwied. Von 1989 bis 2003 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall und bis 2011 Leiter des IG-Metall Verbindungsbüros soziale Bewegungen.